

Protokoll:

Zunächst halten die Vertreter der Ratsfraktionen ihre Reden zum Nachtragshaushalt.

Rede Rm Diehl (CDU):

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herren Beigeordnete, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

in meiner Haushaltsrede zum Etat 2013 habe ich für die CDU-Fraktion für die kommunalen Finanzen von Koblenz, in Punkto Ursachenforschung, Defizite aufgezeigt. Was ist daraus geworden?

Aus dem Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages zitiere ich:

„Die strukturellen Probleme vieler Städte bestehen weiterhin und sind besorgniserregend. Sozialausgaben steigen, für notwendige Investitionen fehlt Geld. Zu viele Städte müssen ihre laufenden Kosten mit Kassenkrediten finanzieren“ und weiter „Wer den Städten neue Aufgaben überträgt, ob Bund oder Land, muss auf für den finanziellen Ausgleich sorgen. Erste Schritte wie die komplette Übernahme ab 2014 der Grundsicherung im Alter durch den Bund werden sich positiv auswirken. Die Länder wiederum dürfen dem Konnexitätsprinzip - wer bestellt, bezahlt - nicht ausweichen, sondern müssen zum Beispiel die zusätzlichen Kosten der Kommunen für gemeinsamen Schulunterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen übernehmen.“

In die gleiche Kerbe schlägt der SPD OB der Stadt Trier wenn er die Landesregierung auffordert den Begriff freiwillige Leistung neu zu definieren. Z.B.: bei Kindertagesstätten durch freie Träger ist es nicht nachvollziehbar diese Leistungen in den freiwilligen Leistungsbereich der Stadt zu deklarieren.

Prof. Dr. Martin Junkernheinrich hat gestern beim Städtetag Rheinland-Pfalz in Lahnstein zum aktuellen Stand ausgeführt, ich zitiere

1. „Die vom Gericht angesichts der beschränkten Finanzausstattung des Landes eröffnete Option der kommunalen Aufgabenrückführung und Standardreduktion wird nicht genutzt“
2. „Resümee: Abschließend sind zusammenfassend folgende Mängel der inzwischen vom Landesgesetzgeber verabschiedeten Finanzausgleichsreform hervorzuheben:
3. Die Finanzausgleichsmittel stehen den Kommunen im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Regelungen zu. Die „Auszahlungen“ aus dem Stabilisierungsfonds sind daher strukturell, strukturneutral und keine effektive Aufstockung.

Die effektive Mittelaufstockung um 50 Mio. Euro stellt keine deutliche Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung dar. In diesem Sinne schlussfolgert auch M. Reitzel in der Enquete-Kommission, dass das Land seine Dotation über die vorgesehene Aufstockung in Höhe von 50. Mio. Euro aus originären Landesmitteln „deutlich anheben müsste, um der Forderungen des Verwaltungsgerichtshofes Rechnung zu tragen.“

4. „Die örtlichen Sozialhilfeträger werden nur unzureichend entlastet. Nach Abzug der Zuweisungen an abundante Kommunen, verbleibt nur eine Aufstockung von 30 Mio. Euro anstatt 50 Mio. Euro, um die besonders hoch belasteten kreisfreien Städte und Landkreise zu entlasten.“

Die Bundesregierung wird die Grundsicherung von diesem Jahr 75% in 2014 auf 100% Kostenübernahme erhöhen dies sind in Koblenz 11,8 Mio. Euro. Der Bund wird damit seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Kommunen gerecht!

Wie wirkt sich der knappe Geldfluss des Landes auf Koblenz aus? Haben wir uns teilweise kaputt gespart? Verschieben / verschleppen wir in Zeiten der höchsten Steuereinnahmen die damit einhergehenden Chancen? Warum wird das Stadtbad nicht schneller angegangen? Erleben wir nicht derzeit teilweise Stillstand und dies ist Rückschritt?

Nun zum Nachtragshaushalt 2013:

Statt einem Jahresfehlbetrag von 36.238.589,-- Euro werden nur noch 12.609.308,-- Euro Defizit veranschlagt. Die Verbesserung geht mit über 23,3 Mio. Euro auf die Verbesserung der Gemeindefinanzen, insbesondere der Gewerbesteuer + 21,2 Mio. Euro bei einem Nettomehrertrag von 17,6 Mio. Euro.

Die Verpflichtungsermächtigungen des städtischen Haushaltes steigen von 19,1 auf 29,8 Mio. Euro. Für z.B. Entwicklungsmaßnahme Bubenheim 1,2 Mio., Ersatzsporthalle Grundschule Lützel 1,885 Mio., Sporthalle Asterstein 3 Mio. Ausbau Carl-Später Str. 1,6 Mio., Sanierung Europabrücke 3,4 Mio., Blindbach 1,4 Mio., Vorlandbrücke Lützel 11 Mio. Euro, lobenswert sind auch die VE's im Zusammenhang mit der Nordtangente von 180.000,-- Euro.

Wir mahnen jedoch an, dass VE's auch umgesetzt werden müssen.

Positiv: Zusätzlich wurde für die weitere Planung und Umsetzung des 3. + 4. Bauabschnitt Güls-Süd Mittel eingestellt. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Eigenheim-Bautätigkeit weiter geht. Steigende Einwohnerzahlen und Gewerbeneuansiedlungen prägen die aktuelle Entwicklung von Koblenz.

Die Summe der Kreditverschuldung der Stadt verringert sich dieses Jahr um 1,2 Mio. auf 554,5 Mio. Euro. Das Vermögen der Stadt Koblenz wird im Nachtragshaushalt mit 448,2 Mio. Euro angegeben.

Die CDU-Fraktion begleitet die Einbringung des Haushalts durch den Kämmerer Prof. Dr. Hofmann-Göttig stets konstruktiv. So haben wir 2011 mit unserem 10 Punkteplan und anlässlich des Haushaltes 2012 mit Prüfaufträgen wichtige Weichenstellungen vorgeschlagen.

Dazu die Schwerpunkte:

Solidere Haushaltsführung: Der geänderte Kommunale Entschuldungsfonds sieht für Koblenz eine Liquiditätshilfe von nun 75,5 Mio. Euro vor. Eine jährliche Tilgung von ca. 3,9 Mio. Euro, wobei die Stadt 1/3 trägt.

Soziales: Bildung und Schulen haben weiter oberste Priorität, in den Schulen sollen die naturwissenschaftlichen Räume nicht nur im Etat stehen, Herr Knopp dies muss auch umgesetzt werden. Der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen sowie Jugend und ältere Generationen und deren Betreuung sind weiter zu gewährleisten.

Bei der Wirtschaftsförderung haben wir Ihnen eine neue effektivere Struktur vorgeschlagen. Wir werden heute nun gemeinsamen Weg mit der Verwaltung gehen.

Pflege der sozialen Kräfte statt Kahlschlag: Das pauschale Senken von freiwilligen Leistungen kann wie im Falle der Kita Herz-Jesu bei Kirchen und anderen caritativen Einrichtungen dazu führen, dass weitere Kindergärten an die Stadt zurückgegeben werden. Wenn wir das Konnexitätsprinzip ernst nehmen, muss die Stadt den freien Trägern u.a. der Kitas dankbar sein, statt die „Freiwilligen Leistungen“ weiter zurück zu fahren. Für die Stadt kämen ungleich höhere

Kosten bei der Übernahme aller Kindertagesstätten aus kirchlichen und sozialen Kreisen zum Tragen.

Ein Einzelthema für die in diesem Jahr negative und von uns nicht gewollte Veränderung erläutere ich:

Beim Ortsmittelpunkt Horchheim wird die Verpflichtungsermächtigung auf $\frac{1}{4}$ gesenkt. Wann soll das dann realisiert werden? Dabei ist dies ein Schulweg in die Grundschule, unmittelbar am Seniorenheim und Ausbaubeiträge wurden bereits von den Anliegern erhoben. Unser Ratsmitglied Eitel Bohn hat in einer Meldung an die Stadt geschrieben, die Verantwortung bei einem eventuellen Personenschaden liegt bei der Kommune. Ich denke so deutlich muss man werden, wenn Dinge wie VE's so zurückgefahren werden.

Wir wünschen einen Sperrvermerk und vor Beauftragung ein Freigabe durch den HuFa, es geht um den Bereich der Maßnahme Andernacher Straße. Wir wünschen einen Feldversuch für eine preiswertere Variante.

Konnexität: Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung umgehend der Aufgabe nachkommt, unsere städtischen Forderungen aus dem Konnexitätsprinzip gegenüber dem Land transparent darzustellen und in einem Forderungsmanagement nachhält. Wir sollten im Vorfeld einer pauschalen Regelung des Landes zum 1.1.2014 mit Klarheit und Offenheit unsere Forderung transparent halten. Unsere Forderung bei Einbringung des Etats 2013.

Sehr geehrter Kämmerer und Oberbürgermeister, nachdem Sie über Ihre ersten Jahre bei Kleinem gespart haben müssen inzwischen Aufgaben die auch von Privaten angeboten werden auf den Prüfstand, so z.B. Krematorium, Gartenbau, Krankenhaus.

Lassen Sie mich einige Diskussionspunkte in Erinnerung rufen, die in diesem Haushaltsjahr unsere Meinung erforderte:

Die Situation Stadtbad wird durch die in 2014 anstehende Schließung des Unibades auf dem Oberwerth noch dramatischer. Daher stehen heute gleiche mehrere Anträge zu dem Thema an. Wir wollen ein neues Bad und das möglichst flott. Der Schienenhaltepunkt Mitte ist immer noch ein offener Posten. Im Nachtrag wurden 475.000,- Euro allein an Verzugszinsen neu eingestellt. Das Ganze hat uns 20 Mio. Euro zu viel gekostet. Dafür hätten wir ein Standardstadtbad de Luxe erhalten.

Der letztjährige Erwerb von Kevag-Anteilen war richtig; ebenso das daraus abgeleitete zusammen gehen von EVM und Kevag.

Die CDU-Fraktion stimmte den Haushalten der letzten Jahre zu und hat damit auch die Verwaltung und Sie, Herr Oberbürgermeister, unterstützt. Damit wurden

- Die Spirale der Verschuldung erheblich verlangsamt.
- Aktive Wirtschaftspolitik mit dem ganzheitlichen Ansatz zwischen Bildungszentrum und öffentlichen Angeboten in die neue gestaltete Mitte von Koblenz integriert
- Der Wirtschaftsstandort wurde gestärkt und verbesserte Gewerbesteuererinnahmen z.B. im Nachtrag bestätigen dies
- Koblenz hat einen stabilen Arbeitsmarkt mit niedriger Arbeitslosenquote
- Trotz erheblicher Herausforderungen bei Brückensanierungen wurde Haushaltskonsolidierung betrieben.
- Daseinsfürsorge für Bürger nicht vernachlässigt deshalb z.B. neues Stadtbad

- nicht nur Arbeitsstellen geschaffen sondern auch Baugebiete wie Güls-Süd ausgewiesen.

Ich danke allen, den Mitgliedern des Stadtvorstandes, insbesondere der Kämmerei und dem Hauptamt und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für das Engagement um die Aufstellung dieses Haushaltes.

Unsere Entscheidung zum Nachtragshaushalt ist positiv, wir stimmen zu.“

Rede SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann:

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Stadtvorstandes, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates, unsere Stadt ist eine der schönsten Deutschlands und es war wichtig, in sie zu investieren.

Für die Entscheidungen Bundesgartenschau und unsere neue Mitte brauchten wir viel Mut, doch uns war klar, dass der Charme des Waschbetons verwinden muss.

Auch war klar, dass wir nur als moderne Stadt den Wettbewerb um Einwohner und private Investitionen gewinnen können.

Die Koblenzerinnen und Koblenzer, sowie unsere Gäste haben begonnen, mit den Füßen abzustimmen. Die Zahlen von Mediathek und Museen beweisen dies. Es war wichtig, diese Einrichtungen ins Zentrum zu bringen. Eine bessere Erreichbarkeit, gepaart mit einer höheren Attraktivität hat eine viel größere Akzeptanz zur Folge.

Das große Interesse an der Stadtbibliothek, sowie auch die große Akzeptanz und die gestiegene Nachfrage nach Medien und Informationen in der Bibliothek zeigt sich mehr als deutlich:

Seit dem Umzug ins Forum Confluentes sind

- 120.000 Besucher (120.113)
- 3.000 Neuanmeldungen (2973)
- 150.000 Entleihungen (149.969)

zu verzeichnen. In Relation zum Vorjahr 2012 bedeutet dies:

- Die Zahl der Besucher hat sich mehr als verdreifacht.
- Die Anzahl der Neuanmeldungen hat sich gegenüber den Vergleichsmonaten 2012 fast verzehnfacht.
- Die Entleihungen gegenüber den Vergleichsmonaten 2012: plus 115%

Auch im Mittelrhein-Museum zeigt sich die gleiche Tendenz:

Seit der Eröffnung sind bis zum 27. Oktober 15.000 Besucher (14.537) gezählt worden. Bisher waren solche Zahlen für das Mittelrhein-Museum reine Utopie. Daraus ergaben sich Einnahmen in Höhe von knapp 50.000,- €

39.000,- aus Eintrittsgeldern und 10.000,- aus Verkaufserlösen.

Wer jetzt noch die Sinnhaftigkeit des Projektes „Neue Mitte“ anzweifelt, verkennt absichtlich die Fakten.

Doch mit einem hatte ich in diesem Ausmaß nicht gerechnet: Wir haben mit all diesen Investitionen nicht nur Großes im Bereich Stadtumbau vollzogen, sondern wir haben auch ein neues Wir-Gefühl in Koblenz geschaffen.

Wir Koblenzer sind stolz auf unsere Stadt. Die Begeisterung der Koblenzer hat nicht mit der Buga aufgehört. Die Vielzahl der Zufriedenen erhebt nicht ihre Stimme - sie genießt still.

Wenn man sich die Zeit nimmt, mit den Besuchern des Kulturbaus zu sprechen, wenn man sich die Zeit nimmt, sich mit den Besuchern der Festung zu unterhalten, wird dieses Bild bestätigt.

Auch die Investition in unsere gute Stube der Stadt Koblenz, die Rhein-Mosel-Halle, war notwendig und richtig. Im Zusammenspiel mit dem Schloss ist Koblenz ein attraktiver Kongressstandort geworden. Auch hier setzt sich die sehr positive Tendenz, wie bereits beim Forum Confluentes erwähnt, fort. Ich bin schon sehr gespannt auf die Pressekonferenz Anfang November zum 1. Betriebsjahr der Rhein-Mosel-Halle nach dem Umbau.

Die Unternehmer unserer Stadt begrüßen all diese Investitionen. Eine Stadt braucht Tagungsstätten, eine Stadt braucht Lebensqualität. Im Kampf um die Fachkräfte braucht Koblenz gute Rahmenbedingungen für Familien. Dazu gehört ein gutes Angebot an Kultur, ein vielfältiges Angebot des Einzelhandels. Ohne Frage spielt auch das Angebot an Kitaplätzen und Schulen eine wichtige und große Rolle.

All dies sind Rahmenbedingungen für eine gute Wirtschaftsförderung. Mit ca. 80 Städten unserer Größenordnung buhlen wir um die Unternehmen. Dies ist ein Wettbewerb in dem wir gerne und selbstbewusst antreten.

Die Zahl der Neuansiedlungen und Neubauten von Koblenzer Firmen zeigt, dass der Standort Koblenz einen hohen Stellenwert erreicht hat. Hier haben wir tüchtig aufgeholt.

An dieser Stelle ein Dank an den OB und an alle, die in ihren Bereichen dafür verantwortlich zeichnen.

Es gilt nicht nur Arbeitsplätze neu zu schaffen, sondern auch die vorhandenen zu erhalten und zu sichern. So weisen die Zahlen der Agentur für Arbeit einen Anstieg der Beschäftigungszahlen auf 96.000 auf. Doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen - Wirtschaft bedeutet Dynamik. Es gilt, weiterhin die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese positive Bilanz fortgesetzt werden kann.

Wir brauchen eine gute Liegenschaftspolitik, die Flächenankauf und Flächenverfügbarkeit steuert.

Aber auch im Wohnungsbau brauchen wir eine klare Strategie:

Das Ziel hat die Mehrheit dieses Rates bereits klar definiert: Innen- vor Außenentwicklung. Eine Verdichtung der Stadt bedeutet auch kürzere Wege, als bei einer Erweiterung.

Doch das Tempo der Umsetzung lässt Raum für Verbesserungen. Dazu gehört beispielsweise auch die Kontaktpflege mit den Eigentümern von Leerstandsimmobilien. Es ist sehr wohl vorstellbar, neuen Wohnraum in den leer stehenden Bürogebäuden ab der zweiten Etage zu schaffen. Dies muss gesteuert werden. Wir brauchen auch einen Plan, der die Nachverdichtung regelt. Bauchentscheidungen sind nicht hilfreich. Die Fläche des ehemaligen Soldatenschwimmbades Horchheim ist ein gutes Beispiel.

Wir müssen bei unserer Wohnraumpolitik zwei Ziele vor Augen haben.

1. Wohnraum muss bezahlbar sein
2. Wohnraum muss heutigen und zukünftigen Bedürfnissen gerecht werden

Zu 1:

Hier haben wir mit den hohen Kostenfaktoren für Lärmschutz und externen Kompensationsmaßnahmen zu rechnen.

Diese sind zwar von den neuen Eigentümern zu tragen. Doch die zu entrichtenden Beiträge reduzieren sich für jeden einzelnen, wenn die Grundgesamtheit der Beitragspflichtigen steigt.

Zu 2:

Einfamilienhäuser wären hier die falsche Strategie. Wir benötigen flexiblen Wohnraum, dessen Größe immer wieder dem Bedarf angepasst werden kann - das ist eine zeitgemäße Lösung.

Hier unterstützen wir klar unseren Amtsleiter Frank Hastenteufel, der ebenso für die Schaffung von flexiblem Wohnraum eintritt. Mit heutiger Technik und Baustoffen ist eine modulare Bauweise möglich.

Die Stadt hat Planungshoheit und ist Grundstückseigentümer. In dieser Kombination haben wir das Heft des Handelns in der Hand. Es wird Zeit, diesen neuen Weg einzuschlagen.

Bei all den nötigen Investitionen dürfen wir aber natürlich nicht den gemeinsam eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung, für den unser Oberbürgermeister mit aller Energie eintritt, verlassen. Hierzu gibt es keine Alternative. Wir müssen diesen Weg weiter gehen, auch in Anbetracht der historisch niedrigen Zinsen.

Dies ist oftmals eine Gratwanderung. Der Oberbürgermeister hat dabei verschiedenste Interessen zu berücksichtigen und die undankbare Aufgabe, gegensätzliche Forderungen und Kontrahenten zusammenzuführen. Dafür, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister beneide ich Sie nicht und spreche ihnen meinen höchsten Respekt für Ihre Ausdauer und Ihr Verhandlungsgeschick dabei aus.

Es wird von Jahr zu Jahr eine immer größere Herausforderung, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden, Sinnvolles von nicht Sinnvollem.

Hier macht uns insbesondere der soziale Bereich große Sorgen. Einerseits müssen wir in allen Bereichen nach Einsparpotentialen suchen, andererseits müssen wir aufpassen, dies nicht auf Kosten der Schwachen in unserer Gesellschaft zu tun.

Daher hoffen wir sehr, dass die Jugendhilfe als Pflichtaufgabe anerkannt wird.

Wir, die Sozialdemokraten, haben schon mehrfach betont, dass wir bei allem Lieb gewonnen und Gewohnten auch auf die Veränderungen in der Gesellschaft reagieren müssen. Wir sind fest davon überzeugt, dass wir es uns nicht mehr leisten können, die schulischen Erfolge allein in die Verantwortung der Eltern zu legen. Die heutigen Schüler müssen in 20 Jahren dafür sorgen, dass unsere Sozialsysteme weiter funktionieren. Unser Interesse muss sein, dass möglichst alle Kinder einen qualifizierten Schulabschluss absolvieren. Daher brauchen wir eine verstärkte Begleitung. Wir dürfen die Kinder, deren Eltern nur bedingt in der Lage sind zu helfen, nicht alleine lassen - im eigenen Interesse.

An dieser Stelle darf man auch unsere 150 Sportvereine nicht vergessen, die durch ein hohes ehrenamtliches Engagement, die Gesellschaft an dieser Stelle unterstützen. Und ich finde es nicht langweilig, dies immer wieder zu betonen.

Ein scheinbar endloses Projekt soll in dem sozial- und sportpolitischen Bereich genannt werden – das Stadtbad. Die SPD-Fraktion ist seit 2005 die treibende Kraft in dieser Diskussion. Wir sehen ein Stadtbad als Teil der Daseinsfürsorge.

Koblenz als Oberzentrum braucht ein eigenes Bad. Zu leiden haben unter dem Fehlen eines Stadtbades in erster Linie die Schulen und Vereine.

Zwar kann der Bedarf für den größten Teil der Sportvereine und Schulen vorübergehend im Beatusbad und auf der Karthause kompensiert werden, doch der gesamte Bereich des Tauchens - ich nenne hier beispielhaft den DLRG - ist zurzeit ohne Trainingsmöglichkeit.

Die Bevölkerung wird immer älter - das ist gut so. Für viele ist aber im Alter das Schwimmen die einzige Möglichkeit, sich sportlich zu betätigen.

In der Gesundheitsstadt Koblenz braucht die Bevölkerung eine Gelegenheit, etwas für ihre Gesundheit zu tun und Familien müssen die Möglichkeit zu einem bezahlbaren Schwimmbadbesuch haben. Somit steht für uns das Sport- und Familienbad im Vordergrund.

Ein erster, aber wichtiger Schritt, auch im Hinblick auf die städtischen Finanzen, wäre ein sofortiger Ankauf des Geländes am Rauentaler Moselbogen. Dieses Gebiet wird der Standort eines neuen Bades sein und deswegen ist nicht nachvollziehbar und auch im Hinblick auf die eben erwähnte Haushaltssituation nicht tolerierbar, dass die Stadt weiterhin jährliche Optionsgebühren dafür zahlt.

Ebenso würde auch ein sofortiger Abriss des maroden Gebäudes für die Stadt zu Mehrkosten führen. Zu diesem Punkt kommen wir noch im Laufe dieser Ratssitzung. Eine Ausschreibung des Geländes mit Gebäude unter dem Strich für die Stadt Koblenz günstiger und die Erfahrungen belegen, dass ein privater Investor günstiger abreißen kann als eine Kommune. Insofern sollte zunächst geprüft werden, welche Gefährdungen aufgrund der Bausubstanz vorliegen und ob ein Rückbau erforderlich ist.

Im Hinblick auf die prekäre Haushaltssituation sollte daher von einem sofortigen Rückbau abgesehen werden.

Immer wieder sind wir Ratsmitglieder - ich denke, ich darf auch für meine Ratskolleginnen und -kollegen sprechen - darüber verärgert, wie sich die Aufsichtsbehörde jedes Jahr in bester Gutsherrenmanier und oberlehrerhaft gegen den politischen Willen der gewählten Vertreter der Koblenzer Bürger aufspielt.

Beispielsweise ist es unverständlich, dass die ADD den Jugendtreff Rübenach nicht als unabweisbar bewertet. Die Polizei in Koblenz hat da andere Erfahrungen. Die Mitläufer vorher abzufangen ist eine Präventionsmaßnahme, welche nicht in genaue Zahlen zu kleiden ist, aber sicher ist, dass wir mit solch einem Instrument Fehlentwicklungen und damit spätere hohe Kosten bei Jugendlichen nachweislich verhindern können.

Man kann sich auch bankrott sparen.

Lassen Sie mich deswegen zum Schluss auch noch einmal deutlich machen, dass wir auch weiterhin in unsere Stadt investieren müssen.

Die heutigen Grünanlagen bedürfen einer aufwändigen Pflege. Ein marodes Straßennetz zu hinterlassen ist auch eine Form von Schulden. Die Brücken und die Schulgebäude bestätigen dies. Das Fehlen von notwendigen Investitionen in der Vergangenheit rächt sich nun.

Lassen Sie uns also gemeinsam in Verantwortung für unsere wunderbare Stadt mit Augenmaß sparen und investieren und damit unsere Stadt fit für die Zukunft machen. Koblenz ist es wert - wir sind dabei. Vielen Dank.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Nachtragshaushalt zu.“

Rede Rm Keul-Göbe. (BIZ):

„Sehr geehrte Anwesende,

seit Jahren beantragt die BIZ-Fraktion, die von der Verwaltung im Jugend- und Sozialbereich vorgenommenen Kürzungen zurückzunehmen, zuletzt für 2013 erfolgreich. Wie richtig dieses Verhalten war und ist, zeigt ein Ministerratsbeschluss des Landes Rheinland-Pfalz vom 24.10.1995, wonach Zuweisungen an Verbände, Vereine und andere Organisationen, die öffentliche Aufgaben erfüllen oder durch ihr Wirken die öffentlichen Haushalte entlasten, von aufsichtsbehördlichen Einsparauflagen grundsätzlich auszunehmen sind.

Die Verwaltung beabsichtigt nun, künftig die entsprechenden jährlichen Zuschüsse an Dritte gesondert auszuweisen und den Jugendbereich komplett aus der Übersicht der freiwilligen Leistungen herauszunehmen. Dies begrüßen wir ausdrücklich.

Wir kündigen bereits jetzt an, dass wir die Rücknahme der vorgenommenen Kürzungen für den Haushalt 2014 beantragen werden, weil der Ministerratsbeschluss in den vergangenen Jahren nicht berücksichtigt wurde.

Zum Nachtragshaushalt:

Der Gesamtbetrag der Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die in künftigen Haushaltsjahren zu Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Verpflichtungsermächtigungen) führen können, wird erhöht von bisher 19.117.000 Euro auf 29.845.800 Euro. Dazu gehören u.a.:

1. Ersatzsporthalle Regenbogenschule Lützel = 1.885.500 Euro.
Wir hoffen für Lützel, dass es dort nicht so lange dauert, wie der Neubau der Sporthalle Gymnasium Asterstein.
2. Neubau Sporthalle Gymnasium Asterstein = 3.000.000 Euro
Diese Gelder stehen seit zwei Jahren im Haushalt und das VOF Verfahren ist noch nicht beendet. Hier hoffen wir sehr darauf, dass es in beiden Vorhaben nun schneller voran geht.
3. Ausbau 2. Bauabschnitt Carl-Spaeter-Str./August-Horch-Str. = 1.600.000 Euro
Der Zuschussantrag liegt dem Land vor, ist aber noch nicht bewilligt. Das heißt, auch hier müssen wir schon am 3. Bauabschnitt arbeiten, damit der Antrag gestellt werden kann. Hier im Industriegebiet wurden und werden Arbeitsplätze geschaffen; hier wird das Geld verdient, was sich in den Gewerbesteuerzahlungen bemerkbar macht. Diese Straßen müssen endlich in Ordnung gebracht werden.
4. Ausbau Hofstraße = 400.000,- € hier wurde eine mündliche Übereinkunft mit dem Land getroffen, dass das Förderende ausnahmsweise auf 2014 gestreckt wird. Wir haben große Zweifel, dass dies ausreicht; denn der Vertrag, dem der Rat vor den Sommerferien 2012 zugestimmt hat, ist bis heute nicht notariell beglaubigt. Deshalb beantragen wir hier den Beschluss als Randnotiz - Vorbehaltlich der Freigabe durch den HuFa- aufzunehmen.

Der Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung des Sondervermögens der Koblenz-Touristik (Eigenbetrieb) verändert sich von bisher 2.000.000 Euro auf 4.500.000 Euro. Wir sind mit dem Haushalt des Eigenbetriebs nicht einverstanden und vertreten die gleiche Meinung wie die ADD: Es handelt sich um freiwillige Leistungen. Die Verwaltung ist aufgefordert, diese im Jahr 2014 deutlich zurückzufahren.

Die Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens Grünflächen- und Bestattungswesen (Eigenbetrieb) von 2.450.000 Euro bleiben unverändert.

Bevor wir dieser Maßnahme zustimmen müssen uns Ratsmitgliedern die geforderten Berechnungen vorgelegt werden. Daher beantragen wir den Beschluss auch hier: Vorbehaltlich der Freigabe durch den HuFa.

Produkt 5117 BUGA 2011 (S. 102):

Das Projekt Schienenhaltepunkt verfolgt uns weiterhin. Wir bilden nun Rückstellungen in Höhe von fast eine halben Million Euro. Die BIZ-Fraktion wird weiterhin ein Augenmerk auf diese Haushaltsstelle werfen. Wir haben einen Mehraufwand von 49.000 Euro wegen erhöhter Anwalts- und Gutachterkosten.

Produkt 2171 Gymnasien (S. 258)

Hier gibt es positive und negative Anmerkungen:

Die Mindererträge von 841.000 Euro (Zuweisungen Land) entsprechend den Minderaufwendungen von 1.285.600 Euro durch die Stadt.

Hier verzögerte sich der Baufortschritt bei der Brandschutzsanierung an vier Gymnasien (Eichendorff, Hilda, Asterstein, Karthause). Dies entspricht auch den Verschiebungen der Landeszuweisungen.

Positiv sind die Mehraufwendungen von 200.000 Euro bei der Brandschutzsanierung Görres-Gymnasium zu sehen. Diese waren eigentlich erst für 2014 vorgesehen.

NAWIS (Naturwissenschaftliche Räume):

Bei den meisten NAWIS sind Verpflichtungsermächtigungen eingestellt. Nur bei drei Projekten sind bisher keine VE's vorgesehen, weil die Verwaltung davon ausgeht, dass zwei Räume erst in 2015 gebaut werden und mit einem erst Ende 2014 begonnen wird. Bis dahin sollte der Haushalt hoffentlich genehmigt sein.

Wir erwarten allerdings, dass umgehend eine Planung erfolgt, die Grundlage für Zuschussanträge beim Land ist. Selbstverständlich ist der BIZ-Fraktion ein Zuschuss von 75.000 € je Maßnahme wichtig. Diese Begründung, dass man auf die Planung warte, wollen wir Ende 2014 nicht mehr hören. Wir wollen, dass zügig an der entsprechenden Planung gearbeitet wird und die NAWIS, für die der Stadtrat das Geld bereits jetzt im Haushalt 2014 zur Verfügung stellt, auch im nächsten Jahr gebaut bzw. eingerichtet werden.

Uns sind selbstverständlich auch die kleineren Kinder wichtig; deshalb beantragen wir bei der Maßnahme Q500002000: Spiel- und Bolzplätze eine Verpflichtungsermächtigung von 75.000 € für Spielgeräte und dafür eine Reduzierung der Planung 2014 auf 75.000 €. Die Spielgeräte sollen bereits im Frühjahr 2014 beschafft werden, damit Kinder diese bereits im Sommer nutzen können.

Wir begrüßen, dass nun Gelder für den Bau der Nordtangente bereit stehen. Das ist der Grund, weshalb wir uns bei der Abstimmung über den Nachtragshaushalt enthalten werden, da er auch für uns wichtige Maßnahmen enthält.

Wir bedauern es allerdings sehr, dass der Bau der Kindertagesstätten sich so verteuert hat. Für die drei neuen städtischen Kitas müssen wir statt 6,7 Mio. € nun 865.300 € mehr ausgeben, also 7,5 Mio. €. Hier erwarten wir höhere Zuschüsse von Bund und Land.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir begrüßen und hoffen, dass Ihre positiven Ausblicke für den Haushalt 2014 Realität werden. Ohne zusätzliche finanzielle Mittel von Bund und Land können wir uns die Erreichung allerdings nicht vorstellen.

Vielen Dank!“

Rede Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen):

„Vorbemerkung: Wir werden uns in alter Tradition enthalten, da in diesem Haushalt das Projekt Zentralplatz immer noch zentrale Bedeutung hat.

Eine kleine Bemerkung zu der Darstellung, wie toll der Kulturbau läuft. Wir warten erst einmal die Kostenrechnung ab, denn ich nehme an, je mehr Besucher kommen, desto teurer wird es.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren des Stadtvorstandes, liebe Bürgerinnen und Bürger, der Erlass der Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2013 gibt uns nun die Gelegenheit gegen Ende des Planungsjahres Korrekturen vorzunehmen.

Das wichtigste Ergebnis: Der Jahresfehlbetrag von 36 Mio. Euro vermindert sich um ca. 23 Mio. € auf nunmehr ca. 12 Mio. Euro. Dies ist eine gute Nachricht. Die Gewerbesteuer und der Anteil an der Einkommensteuer sind der wesentliche Auslöser dieser Verbesserung. Natürlich hat auch die Verwaltung mit dem Stadtrat in der Haushaltsstrukturkommission Hausaufgaben gemacht und strukturelle Einsparvorschläge geprüft und umgesetzt. Auch die Bürgerinnen und Bürger können sich in diesen Prozess einbringen.

Ferner haben wir städtische Steuern und Gebühren erhöht und auch das Land hat, nicht ganz freiwillig, seine Zuwendungen erhöht. Dies alles ist positiv und bringt uns zu der nicht ganz neuen Erkenntnis, dass Steuern und Gebühren erhöhen einfacher ist, als Strukturen und Aufgaben der Verwaltung so zu verändern, dass spürbare Einsparungen sichtbar werden.

Der Oberbürgermeister hat eindrücklich geschildert, wie im Personalbereich gespart wird und es wird gerade geschafft, dass es keinen Anstieg der Personalkosten gibt.

Es gibt viel zu tun und wir haben immer noch 12 Mio. Euro Defizit. Die sog. freiwilligen Leistungen im Sozialbereich, beim Sport und in der Ökologie sind eingefroren und die Brücken unserer Stadt können dem Kämmerer den Schlaf rauben. Auch die Schulen unserer Stadt werden in absehbaren Zeiträumen nicht fertig und verschlingen weiterhin Millionen.

Natürlich braucht unsere Stadt auch ein Hallenbad. Das Grundstück an der Mosel ist da und muss nur noch gekauft werden.

Danke!“

Rede Rm Dr. Pieper (FDP)

„Herr Oberbürgermeister, Frau Bürgermeisterin, meine Herren Dezernenten, Kolleginnen und Kollegen des Rates, meine Damen, meine Herren.

Wer die Vorlagen zum Nachtragshaushalt 2013 durchgearbeitet hat, muss m.E. zu dem Schluss kommen, dass diese Unterlagen kaum Anlass geben, schwerwiegende Bedenken aufkommen zu lassen.

Von daher möchte ich gleich vorweg dem Kämmerer und den zuständigen Damen und Herren in der Verwaltung für die geleistete Arbeit insgesamt, und für die ausführlichen und schlüssigen Vorlagen im Besonderen, ein herzliches Dankeschön der FDP-Fraktion sagen.

Keine Frage, wir werden heute unsere Zustimmung nicht versagen, gestatten Sie mir dennoch, auf ein paar Punkte einzugehen.

Zunächst eine Verständnisfrage:

In den Ausführungen zum Dezernat 4 Kennziffer 5231 ist eine Ansatzserhöhung von 50.000 Euro vorgesehen, wovon lt. Erläuterungen 30.000 Euro für den Abbruch des Romanischen Hauses verwendet werden sollen.

Wenn das richtig ist, muss man sich doch die Frage stellen, warum zunächst über 400.000 für die Erhaltung ausgegeben wurden. Ich gehe davon aus, dass es sich hier um den Abriss des Anbaus handelt, zumindest kenne ich keinen anders lautenden Beschluss des Denkmalpflegebeirats.

Zum Ergebnis:

Unterstellt, die Erläuterungen zum Nachtragshaushalt 2013 stimmen – und wie wir die Verantwortlichen kennen, ist davon auszugehen – haben wir im Bezug auf Haushaltskonsolidierung einen großen Schritt nach Vorne gemacht.

Immerhin haben wir das veranschlagte Jahresergebnis 2013 beinahe um 2/3 unterschritten. Natürlich weiß ich, dass die Erträge dank Steuern um 32, 2 Mio. Euro gestiegen sind. Natürlich wäre es schön gewesen, wir hätten diesen Betrag auch tatsächlich zur Konsolidierung einsetzen können. Aber wer sich auf die Suche macht, wird rasch feststellen, mit welchen Aufwendungen wir bei der sozialen Sicherheit und den Investitionen, Instandhaltung wie auch Unterhaltung der Schulen mit ihren Sporthallen zu rechnen haben. Und jeder weiß, dass hier in aller Regel entweder die Belastung von oben diktiert ist bzw. schnelles Handeln geboten ist.

Dennoch, gemessen am Ausgangsvolumen stellen wir eine Erhöhung der Aufwendungen im Nachtragshaushalt von nicht ganz 3,5 % fest. Ich denke, das ist eine Meisterleistung, an der auch wir im Rat Anteil haben. Aber wir sollten uns nicht davon blenden lassen, dieser Trend wird sich nicht fortsetzen lassen, zumindest nicht in diesem Maße, wenn ich daran denke, welche Aufgaben in naher Zukunft zu bewältigen sind: Brücken, Straßen – hier nenne ich besonders die Nordtangente - und Kitas, um nur einige zu nennen.

Und vor allem müssen wir uns vor Augen halten, dass wir die sog. freiwilligen Leistungen bereits soweit in Anspruch genommen haben, dass hier die Luft sozusagen raus ist.

Also, wir werden unser Konzept HSK auf jeden Fall weiter verfolgen müssen, was für die FDP-Fraktion bedeutet, erneut darüber nachzudenken, zumindest eine Umstrukturierung beim Umweltamt zu forcieren, wozu auch die Agenda 21 gehört, über deren Wert man trefflich streiten kann, wenn ich sehe, dass in erster Linie Personalkosten produziert werden. (Haushaltansatz 114.000 Euro, davon 89.000 Personalkosten)

Ein anderes Thema, für die FDP-Fraktion ist Frage überdenkenswert, ob wir in der Tat eine Gleichstellungsbeauftragte brauchen bzw. in wie weit uns der Gesetzgeber dazu verpflichten kann.

Zuletzt möchte ich darauf aufmerksam machen, dass wir auch der Meinung sind, dass wir in Koblenz ein Stadtbad brauchen. 2005 gab es einen gemeinsamen Antrag, in dem dieses Bad schon damals gefordert wurde. Hoffen wir, dass wir dazu in der Lage sind, dies auch zu realisieren.

Um nun nicht das von mir erwähnte positive Bild zu negieren, will ich es bei diesen Hinweisen belassen, zumal ja ohnehin in Kürze die Haushaltsberatungen 2014 ins Haus stehen. Bleibt zu hoffen, dass uns gemeinsam – und ich betone gemeinsam – ein guter Wurf gelingt und wir so in

der Tat das von unserem Oberbürgermeister gesetzte Ziel „2015 keine Neuverschuldung“ auch erreichen.

Deshalb noch einmal, für diesen Nachtragshaushalt 2013 haben Sie, Herr Oberbürgermeister, die Zustimmung der FDP-Fraktion.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Rede Rm Baum (FBG)

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Bürgermeisterin, meine Herren Beigeordneten, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Rat, meine sehr verehrten Damen und Herren, so fing meine Rede an. Ich habe heute vieles gehört und sie daher komplett überarbeitet und möchte mich kurz halten.

Nachdem Herr Diehl einen Ausflug mit Kritik an der Landesregierung und Lob für die Bundesregierung begonnen hat und jetzt ein Stadtbad, aber flott, möchte; Frau Lipinski-Naumann die Zahlen des Oberbürgermeisters wiederholt hat und Stolz ist auf unser Koblenz, was wir auch sind; Frau Keul-Göbel ganz sachlich ihre Zahlen vorgetragen hat und gewissenhaft auf die Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen hingewiesen hat, was wir genau so sehen wie sie; Herr Ackermann als Skeptiker zunächst den Erfolg des Zentralplatzes betrachtet hat, aber dann das Stadtbad mit Dachterrasse und Panoramaaufzug möchte; haben wir Herrn Pieper als fleißigsten Leser der Nachtragshaushaltssatzung erlebt, der sich wundert, dass das Romanische Haus abgerissen werden soll; möchte ich für die FBG jetzt schon sagen, dass wir dem Nachtrag zustimmen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihren Ausführungen sehr gut dargestellt, wie wir gemeinsam, Rat und Verwaltung, die Haushaltskonsolidierung auf den Weg gebracht haben. Hierfür gilt es den Rat und die Verwaltung zu loben. Wir müssen diesen Weg weiter beschreiten. Sie haben gesagt, wir müssen weiter sparen, wir müssen uns aber auch in den notwendigen Bereichen weiter engagieren. Da möchten wir von der FBG nochmals deutlich darauf hinweisen, dass beim Personal, beim Gebäudemanagement und bei den EDV-Kosten schon enorm eingespart wurde.

Ich weise darauf hin, dass wir im Haushaltsplanentwurf 2013 Einsparungen von 500.000 Euro bei den EDV-Kosten kalkuliert hatten. Es wurden jetzt nochmals insgesamt 200.000 Euro dort eingespart. Interessant ist, dass nicht in allen Bereichen der Verwaltung Einsparungen erzielt wurden. In einigen Bereichen sind 81.000 Euro eingespart worden, in anderen nur 350 Euro. Wir denken, dass dort in der Zukunft noch weitere Einsparungen vorzunehmen sind.

Dennoch beglückwünschen wir die Verwaltung, dass sie sich nach unserem HuFA-Antrag von vor zwei Jahren auf den Weg gemacht hat und solche Einsparungen erzielen konnte.

Wir müssen uns darüber hinaus in den Schulen engagieren. Was wir in dieser Woche im Hilda Gymnasium gesehen haben, was sich bei den Sanierungsarbeiten entwickeln kann, sind die Risiken, die noch nicht genannt wurden. Wir wollen hoffen, dass die Brücken nicht auch noch solche Risiken bergen.

Insofern brauchen wir eine gute Leitung in unserer Bauverwaltung. Das Forum Confluentes, als öffentliches Bauprojekt, das günstiger als veranschlagt wurde, hat gezeigt, dass wir gute Leute haben. Darauf können wir stolz sein.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, bleiben wir gemeinsam an der Haushaltskonsolidierung und hoffen, dass wir 2015 den Punkt erreicht haben, an dem wir keine neue Verschuldung mehr aufnehmen müssen.

Machen wir uns gemeinsam auf den Weg!“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig teilt mit, dass zwischenzeitlich auch für die Grundstücke des 3. und 4. Bauabschnittes im Baugebiet „Südliches Güls“ Baurecht vorliege.

Er führt hierzu aus, dass die im laufenden Haushalt 2013 für den 1. und 2. Bauabschnitt etatisierten Mittel ausreichen, auch einen Teilbetrag für den 3. und 4. Bauabschnitt, sofern die ADD hierfür insgesamt die Mittelfreigabe erkläre, zu verwenden.

Über eine entsprechende Mittelbereitstellung im Nachtrag 2013 / Anpassung 2014 könne nicht nur für die Bauwilligen eine Beschleunigung ihrer Baumaßnahmen bis zu einem halben Jahr bei unveränderten Gesamtkosten erreicht werden, sondern dies könne sich auch positiv auf die frühere Vermarktung der noch im städtischen Eigentum stehenden Bauplätze auswirken.

Er schlage daher vor, ergänzend den folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Stadtrat beschließt, von den im Haushaltsansatz 2013 bei Projekt 661019000 veranschlagten Haushaltsmitteln von 540.000 Euro einen Teilbetrag von 30.000 Euro zweckgebunden für die Planung des 3. und 4. Bauabschnitts zu veranschlagen. Ferner werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,230 Mio. Euro mit Kassenwirksamkeit in Höhe von 600.000 Euro in 2014 und 630.000 Euro in 2015 eingestellt und im Nachtragswirtschaftsplan des Eigenbetriebs 85 / Stadtentwässerung bei Projekt 0085492 die Verpflichtungsermächtigung von bisher 20.000 Euro auf 720.000 Euro angehoben bei Kassenwirksamkeit in Höhe von 300.000 Euro in 2014 und 420.000 Euro in 2015.

Das Kämmerei- und Steueramt wird beauftragt, den Haushaltsplan entsprechend anzupassen.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei 16 Enthaltungen beschlossen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ergänzt, dass die aus den o.g. Verpflichtungsermächtigungen resultierenden Folgerungen (Kassenwirksamkeit abweichend vom bisherigen Plan, ggf. zusätzliche Einnahmeerwartung) im Rahmen der Etatberatungen zum Haushaltsplan 2014 am 18. / 19.11.2013 behandelt wurden.

Er teilt mit, dass weiterhin ein Ergänzungsantrag der CDU Fraktion vorliegt, in dem beantragt werde, bei P661028 „Erneuerung Knotenpunkt Eifelstraße/Andernacherstraße“ einen Freigabevermerk durch den Haupt- und Finanzausschuss vorzusehen.

Die Prüfung der Verwaltung habe ergeben, dass nichts gegen diesen Antrag spreche.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Stimmenthaltungen

Darüber hinaus habe auch die BIZ-Fraktion mehrere Änderungsanträge gestellt:

1.

Einfügen eines Freigabevermerkes durch den Haupt- und Finanzausschuss bei P611020 „Ausbau Hofstraße“.

Rm Rosenbaum (CDU) merkt dazu an, dass man neben dem Haupt- und Finanzausschuss auch eine Freigabe durch den Ausschuss für allgemeine Bau- und Liegenschaftsverwaltung vorsehen sollte.

Auf Nachfrage von SPD-Fraktionsvorsitzender Lipinski-Naumann erläutert Herr Hastenteufel (Amt 61), dass er mit einem Freigabevorbehalt keine Probleme habe und eine mündliche Zusage des Ministeriums für Inneres, Sport und Infrastruktur vorliege, dass die Förderung nicht Ende 2013 auslaufe.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt fest, dass es durch einen Freigabevorbehalt durch den Ausschuss für allgemeine Bau- und Liegenschaftsverwaltung und den Haupt- und Finanzausschuss keine Verzögerung gebe und er somit auch kein Problem darin sehe.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen

2.

Einfügen eines Freigabevermerkes durch den Haupt- und Finanzausschuss als Fußnote bei § 5 Ziffer 3 für den Satz „Die Verpflichtungsermächtigungen des Sondervermögens Grünflächen- und Bestattungswesen (Eigenbetrieb) von bisher 2.450.000 Euro bleiben unverändert.“

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Stimmenthaltungen

Protokollanmerkung:

Der Nachtragswirtschaftsplan 2013 bezieht sich nur auf den Betriebszweig Grünflächenwesen, in dem keine Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt wurden. Die VE in Höhe von 2,45 Mio. Euro wurde schon im ursprünglichen Wirtschaftsplan 2013 bei dem Betriebszweig Bestattungswesen für das Projekt 0085136 „Erneuerung Betriebsgebäude“ veranschlagt und mit folgendem Mittelfreigabevorbehalt versehen: Die Mittel bedürfen nach Abschluss einer gesamtwirtschaftlichen Prüfung der besonderen Mittelfreigabe des Haupt- und Finanzausschusses.

3.

Maßnahme Q 500002000: Spiel- und Bolzplätze. Einfügen einer Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 75.000 € für Spielgeräte, dafür Reduzierung Planung 2014 auf 75.000 €

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt hierzu fest, dass eine Reduzierung der Planung für 2014 mit diesem Beschluss nicht möglich sei, da lediglich über den Nachtragshaushalt 2013 entschieden werde. Gegen die Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 75.000 € hingegen spreche nichts aus Sicht der Verwaltung.

Es wird dementsprechend nur über den ersten Teil des Antrages abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Stimmenthaltungen